



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE POLNISCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT 2011

- ANALYSE
Die Herausforderungen der polnischen EU-Ratspräsidentschaft 2011
Agnieszka Łada, Warschau 2
- TABELLEN UND GRAFIKEN
Die polnische Bevölkerung und die EU-Mitgliedschaft Polens 8

- CHRONIK
Vom 1. Dezember 2009 bis zum 18. Januar 2010 13

Die Herausgeber danken dem Stiferverband für die Deutsche Wissenschaft für seine Unterstützung.

Analyse

Die Herausforderungen der polnischen EU-Ratspräsidentschaft 2011

Agnieszka Łada, Warschau

Zusammenfassung

Die am 1. Januar 2010 begonnene spanische EU-Ratspräsidentschaft hat ein Achtzehnmonatsprogramm des spanischen, des belgischen und des ungarischen Vorsitzes in Gang gesetzt, das den Zeitraum von Januar 2010 bis Juni 2011 umfasst. Die Leitung der Europäischen Union durch das nächste Trio wird in anderthalb Jahren – im Juli 2011 – von Polen eingeleitet. Die EU-Ratspräsidentschaft innezuhaben, bedeutet für jedes Land die Chance, sich im Rahmen der Europapolitik von seiner besten Seite zu zeigen, ist aber auch mit vielen Herausforderungen verbunden. Diese hängen von der internen Situation in der Gemeinschaft, Ereignissen in der internationalen Politik, aber nicht zuletzt auch von der Situation im eigenen Land ab. Anderthalb Jahre vor der Übernahme der Ratspräsidentschaft durch Polen lohnt es sich, diese Herausforderungen zu skizzieren.

Premiere: Die Rolle der EU-Ratspräsidentschaft

Eine der größten Herausforderungen der polnischen Präsidentschaft wird sein, dass Warschau diese Funktion zum ersten Mal übernimmt. Die fehlende Erfahrung kann bewirken, dass sich viele Aufgaben als schwierig, viele Situationen als überraschend erweisen können, auch wenn Polen sich gut und entsprechend zeitig auf die neue Rolle vorbereitet hat. Nicht von ungefähr betonen Beamte aus Tschechien und Slowenien, zweier EU-Mitgliedsländer, die unlängst ebenfalls zum ersten Mal den Ratsvorsitz innehatten, dass die Ratspräsidentschaft erst dann richtig gut eingespielt sei, wenn sie endet. Sich am Beispiel anderer Länder zu orientieren, ist hilfreich, ersetzt aber nie den Wert eigener Erfahrungen. Daher stehen die »neuen« EU-Mitgliedsländer am Anfang der Zeit der Präsidentschaft immer vor einer großen fachlichen und organisatorischen Herausforderung. Also muss auch die polnische Regierung auf viele unerwartete und neue Situationen vorbereitet sein sowie darauf, von den anderen EU-Mitgliedsstaaten, insbesondere westeuropäischen, häufig kritisch beobachtet zu werden.

Ein Beispiel für das beschränkte Vertrauen gegenüber den seit 2004 der EU angehörenden Staaten, das illustriert, was Polen im Falle von Fehlern erwarten kann, ist die Beurteilung der tschechischen Ratspräsidentschaft. Noch vor ihrem Beginn wurden Befürchtungen laut, dass die Tschechen dieser Herausforderung nicht gewachsen seien. Ein Argument war, dass sie keine Erfahrungen und auch keine Durchsetzungskraft in Zeiten notwendiger mutiger Entscheidungen hätten. Besonders die französische Presse attackierte die Nachfolger der französischen Präsidentschaft. Anfangs gelang Tschechien eine erfolgreiche Führung der EU und die Her-

beiführung konkreter Lösungen. Die Regierungskrise im eigenen Land machte aber den guten Start zunichte. Jetzt erinnert man sich vor allem an die Probleme der tschechischen Innenpolitik und den Euroskeptizismus von Staatspräsident Václav Klaus, nicht aber an die gute organisatorische Vorbereitung und die effektiv arbeitenden Beamten. Das Bild eines unsicheren, unkalkulierbaren Staates, der lange Zeit die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon vor sich her geschoben hatte, überträgt sich auf das Image der anderen Staaten in dieser Region. Klaus' Haltung ließ sich sehr leicht mit der des polnischen Staatspräsidenten Lech Kaczyński assoziieren, der die Ratifizierung ebenfalls hinauszögerte. Dies macht es den »alten« EU-Ländern leicht zu verallgemeinern und den »neuen« EU-Staaten Ostmitteleuropas das Etikett der Euroskeptiker anzuheften. Der tschechische Ratsvorsitz hat also den neuen Mitgliedsländern, die in Zukunft die Präsidentschaft übernehmen werden, darunter Polen, diese Aufgabe nicht erleichtert, da im Westen bestehende negative Stereotype verfestigt wurden. Man erinnert sich an Tschechien als von innenpolitischen Problemen zerrissen, integrationsunwillig und im Schatten des französischen Vorsitzes stehend. Dies ist sicherlich keine gute Grundlage, um ein positives Bild der polnischen Vorbereitungen für die Ratspräsidentschaft 2011 aufzubauen. Vor Polen wird Ungarn das Amt innehaben. Wenn deren Präsidentschaft negativ beurteilt würde, könnte dies auch die Erwartungen an die polnische Präsidentschaft ungünstig beeinflussen.

In den Augen des »alten« Europa werden die »Neuen« weiterhin noch als eine Einheit wahrgenommen und die Fehler einzelner Staaten werden anschließend mit dem Rest der Staaten dieser Region assoziiert. Demokratiedefizit, ein zu geringes Engagement für die Integration oder politische Instabilität gehören zu den häufigsten Vorwürfen in Richtung der EU-Länder, die 2004 bei-

getreten sind. Wenn sie mit Initiativen oder Ansichten hervortreten, die zu den Meinungen des »alten Europa« im Widerspruch stehen, wird dies oft als Undankbarkeit der neuen Mitglieder aufgefasst. In Erinnerung bleiben Vorfälle, in denen letztere fehlenden Willen zur Erarbeitung von Kompromissen zeigten oder Veränderungen ohne nachvollziehbare Gründe bzw. aufgrund nationaler Interessen blockierten. Negative Eindrücke von Polen aus den Jahren 2005 bis 2007 – der Regierungszeit von *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)* – können noch lange die Wahrnehmung der Europapolitik der jungen EU-Staaten bestimmen. Die Europapolitik der aktuellen polnischen Regierung, die viel offener ist, auf Zusammenarbeit setzt und eigene Initiativen entwickelt, wird nicht sofort diese Erinnerungen vertreiben. Polen sollte sich dieser Stereotype bewusst sein, wenn es den Ratsvorsitz übernimmt, und die Regierungen und Gesellschaften der anderen Länder sollten sich ihrerseits von ihnen frei machen. Ein positives Zeichen, dass die Verdienste der Regierung von Ministerpräsident Tusk und sein persönliches Engagement im Bereich der EU-Politik doch auch in den anderen EU-Staaten bemerkt und gewürdigt werden, ist die Verleihung des Aachener Karlspreises 2010 an Donald Tusk, die vor kurzem bekannt gegeben wurde.

Neuer rechtlicher Rahmen

Eine weitere große Herausforderung ist, dass die Präsidentschaft in einen teilweise neuen rechtlichen Rahmen eingebettet ist. Das Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags führte zu einigen Änderungen, die den EU-Ratsvorsitz betreffen, insbesondere in der Außenpolitik. Demnach kann sich Polen nur bis zu einem gewissen Grad an den Ländern orientieren, die bisher die Präsidentschaft innehatten. Einige Änderungen werden erst von den Staaten, die vor Polen an der Spitze der EU stehen werden, in die Praxis umgesetzt oder sogar erst unter der polnischen Präsidentschaft. Daher muss die polnische Regierung umso enger mit den Präsidentschaften bis 2011 zusammenarbeiten und die Implementierung des Lissabonner Vertrags mitgestalten.

Die Etablierung zweier neuer Funktionen – die des Ständigen Präsidenten des Europäischen Rates und die des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik – bewirkt, dass sich der Regierungs- bzw. Staatschef des Landes, das den Ratsvorsitz in der EU innehat, nicht in dem Maße wie bisher in sie einbringen muss. Beispielsweise leitet der Vorsitzende nicht mehr die Treffen des Europäischen Rates, was nun Aufgabe des Ständigen Präsidenten ist. Letzterer muss sich auch um Kompromisse zwischen den Staats- und Regierungs-

chefs bemühen und die EU nach außen repräsentieren. Diese Funktion teilt er mit dem Hohen Vertreter. Das beschränkt die Rolle des nationalen Außenministers des jeweiligen vorsitzenden Staates. Notwendig wird dadurch ein häufiger Austausch zwischen der polnischen Regierung und den beiden genannten Amtsinhabern, auf dass sie sich gegenseitig unterstützen und der Tätigkeit des Rates gemeinsam eine Richtung geben. Es ist jedoch auch denkbar, dass es in den betreffenden Aufgaben- und Verantwortungsbereichen zu Konkurrenzsituationen zwischen der rotierenden (polnischen) EU-Ratspräsidentschaft, dem Ständigen Präsidenten des Europäischen Rates und dem Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik kommt.

Die Änderungen für den Vorsitz des EU-Rates, die sich aus dem Lissabonner Vertrag ergeben, verringern dagegen die Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem polnischen Staatspräsidenten und dem polnischen Ministerpräsidenten im Bereich der nationalen Außenpolitik. Bisher gab es Probleme, wer von den beiden das Land auf den Gipfeltreffen des Europäischen Rates repräsentieren soll. Für die EU-Ratspräsidentschaft ist aber allein die Regierung zuständig. Die Rolle des Staatspräsidenten wird entscheidend davon abhängen, wer die Wahl zum polnischen Staatspräsidenten im Herbst 2010 gewinnen wird – gestaltet sich doch die Zusammenarbeit zwischen der Regierung und dem Staatspräsidenten aus demselben Lager anders als zwischen Vertretern, die in Opposition zueinander stehen. Die Zusammenarbeit könnte allerdings wiederum durch die 2011 stattfindenden polnischen Parlamentswahlen gestört werden, die während der polnischen EU-Ratspräsidentschaft durchgeführt werden. Davon später mehr.

Darüber hinaus stellt die durch den Lissabonner Vertrag eingeführte kombinierte Präsidentschaft dreier Länder für insgesamt 18 Monate eine weitere Herausforderung dar. Warschau wird also nicht allein für das Arbeitsprogramm in der Zeit des polnischen Vorsitzes verantwortlich sein, sondern zusammen mit Dänemark und Zypern einen Aktionsplan entwickeln müssen, der auf die aktuelle globale und EU-interne Situation ausgerichtet ist sowie auf die Ambitionen der drei Hauptstädte. Als größtem Land des Trios wird Polen von seinen beiden Partnern eine Führungsrolle zugeschrieben, so dass es auf die Partner einwirken und den Ton der Arbeit angeben kann. Das heißt aber nicht, dass alle Ideen Warschaus auch umgesetzt werden. Beispielsweise ist Zypern deutlich weniger an der Unterstützung des Projekts der »Östlichen Partnerschaft« interessiert, wird aber darauf drängen, die »Mittelmeer-Union« voranzutreiben. Von beiden Ländern wird es abhängen, ob sie



ihre Kräfte vereinen und eine Lösung ausarbeiten werden, die beide Programme unterstützt, oder ob die Programme als rivalisierend aufgefasst werden.

Der Lissabonner Vertrag stärkt des Weiteren die Rolle des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente im Entscheidungsprozess der EU. Es ist daher sinnvoll, sich schon heute um eine gute Zusammenarbeit mit den Abgeordneten in Brüssel und Straßburg zu kümmern. Die im Vergleich zu anderen Ländern große und außerdem fachlich gut vorbereitete polnische Repräsentation ist in der Lage, die polnische Regierung wirksam zu unterstützen, indem sie im Forum des EU-Parlaments auf Themen aufmerksam macht, die die polnische Ratspräsidentschaft als wesentlich erachtet. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments können außerdem beraten sowie Lösungsmöglichkeiten aufzeigen. Notwendig sind in diesem Zusammenhang Regeln für eine produktive Zusammenarbeit und häufige Kommunikation mit der nationalen Verwaltung und den Sejm-Abgeordneten. Auf deren Fehlen hatten die polnischen EU-Abgeordneten der vorangegangenen Legislaturperiode des Europäischen Parlaments hingewiesen; dies sollte daher verbessert werden.

Die wachsende Bedeutung, die der Lissabonner Vertrag den nationalen Parlamenten beimisst, ist für die polnische Regierung in der Zeit ihres Ratsvorsitzes eine Herausforderung. Das Land, das der EU präsidiert, muss mehr als bisher die Bedeutung der Abgeordneten im eigenen Land berücksichtigen. Daher sollte sich das heimische Parlament in der Phase des Ratsvorsitzes besonders intensiv für die Mitgestaltung der Europapolitik einsetzen, indem es effektiv auf Projekte der Europäischen Union reagiert, die diese ihm weiterleitet, und indem es mit den anderen Nationalparlamenten und dem Europäischen Parlament kooperiert. Im Falle Polens wird sich dies jedoch als kompliziert gestalten, da in der Zeit der sechsmonatigen polnischen Ratspräsidentschaft zu Hause die Parlamentswahlen stattfinden werden. Dies könnte die Zusammenarbeit auf der Ebene Regierung, die den EU-Vorsitz innehat, und Sejm erschweren, wenn nicht sogar bremsen.

Eine neue polnische Regierung

Die Folgen der nationalen Parlamentswahlen in der Zeit der polnischen EU-Präsidentschaft sind allerdings von noch größerer Bedeutung. Wie bei allen Wahlen üblich, ist auch 2011 ein intensiver Wahlkampf zu erwarten, in dem sich auch die Regierungsparteien engagieren werden, was einen negativen Einfluss auf die Tätigkeit der Ratspräsidentschaft haben wird. Ebenso negativ wäre ein Regierungswechsel in dieser Zeit. Zwar erfreut sich

die aktuelle Regierung aus *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) und *Polnischer Bauernpartei* (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*) der Unterstützung der Bevölkerung, aber es lässt sich nicht voraussagen, ob sich die Wähler im Herbst 2011 für eine Fortsetzung der Koalition entscheiden, zumal vorher noch die Wahlen zum Staatspräsident stattfinden werden, bei denen Ministerpräsident Donald Tusk – sollte er antreten – Chancen hat zu gewinnen. Auf die Beliebtheit seiner Person in der Bevölkerung stützt sich aber in hohem Maße die derzeitige Regierung. Die Wahlergebnisse könnten also einen teilweisen oder sogar vollständigen Regierungswechsel zur Folge haben. Wie das tschechische Beispiel gezeigt hat, können alle Konflikte im Land oder Wechsel in der Regierung katastrophale Folgen für die Beurteilung der Ratspräsidentschaft haben. Daher wäre es ratsam, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Überlagerung der beiden Ereignisse zu vermeiden. Hinsichtlich des rechtlichen Rahmens ist dies keine leichte Aufgabe. Notwendig wäre die Verkürzung der Legislaturperiode des aktuellen Parlaments, indem es sich selbst auflöst, was die Zustimmung der Mehrheit der politischen Kräfte erfordert. Dies zu erreichen ist zurzeit schwierig.

Die Prioritäten der Ratspräsidentschaft

Der Erfolg der Ratspräsidentschaft wird vor allem an der Umsetzung der vorher festgelegten Prioritäten bemessen. Jeder Staat lässt sich, wenn er sein Programm aufstellt, von den Chancen der Umsetzbarkeit, der aktuellen innen- und außenpolitischen Situation der EU und der Bedeutung der betreffenden Themen für das eigene Land leiten. Den konkreten Rahmen, in den die Hauptaktivitäten eingefügt werden, legt der Arbeitskalender der EU für den betreffenden Zeitraum fest. Zurzeit ist außerdem eine der größten Herausforderungen die Bewältigung der Finanzkrise und die Arbeit an einer neuen Wirtschaftsstrategie der Gemeinschaft.

Die polnische Regierung führt intensive Gespräche mit einer Gruppe polnischer und ausländischer Experten darüber, welche Ziele sie sich für ihre Ratspräsidentschaft setzen sollte und wie diese konkret aussehen sollten. Zunächst wurde bekannt, dass Priorität u. a. die Debatte über eine neue Haushaltsperspektive, die Energiesicherheit und die »Östliche Partnerschaft« haben sollten. Außerdem wird die Regierung im Rahmen des Europäischen Jahrs des Freiwilligen Engagements 2011 aktiv. Diese Pläne sind sinnvoll, da insbesondere die Umsetzung des Programms der »Östlichen Partnerschaft«, das von Polen initiiert worden ist, im Jahr 2011 Tempo annehmen sollte. Nach dem Vorsitz von Spanien und Belgien im Jahr 2010, die weniger Interesse an der

Ostpolitik bekunden, lässt sich erwarten, dass Ungarn (Ratsvorsitzender im ersten Halbjahr 2011) und Polen die Aktivitäten in diesem Bereich beschleunigen werden. Die »Östliche Partnerschaft« hat außerdem die Chance prioritär behandelt zu werden, da sie keine Konflikte in Polen selbst auslöst. Das Programm des EU-Ratsvorsitzes wird zwar immer von der Regierung ausgearbeitet, aber gleichzeitig sollte es mit anderen Institutionen und wichtigen politischen Kräften abgestimmt werden. Ideal wäre es, wenn die Ziele der Regierung akzeptiert und weder von den Parteien im Parlament noch vom Staatspräsidenten in Frage gestellt würden, denn dann wäre eine effektive Umsetzung der geplanten Strategie möglich. Angesichts der Wahlkampagnen (2010 Präsidentschafts- und Selbstverwaltungswahlen, 2011 Parlamentswahlen) kann sich dies als sehr schwierig erweisen. Die Unterstützung der östlichen Partnerstaaten wird in Polen allerdings von allen gewichtigen politischen Kräften als notwendig erachtet. Daher besteht die Hoffnung, dass sich alle für die Entwicklung des Programms der »Östlichen Partnerschaft« einsetzen werden, obgleich nicht eine gewisse Konkurrenz ausgeschlossen werden kann, die u. a. davon abhängen wird, wer ab 2010 in Polen das Amt des Staatspräsidenten ausüben wird.

Warschau wird während seiner sechsmonatigen Präsidentschaft auch die Tatsache nutzen können, dass in seine Amtszeit zwei Ereignisse fallen, die mit der »Östlichen Partnerschaft« verbunden sind. Planmäßig wird 2011 der alle zwei Jahre stattfindende Gipfel der Staats- und Regierungschefs der EU und der Staaten, die die »Östliche Partnerschaft« umfasst, zusammenkommen. Es kann sein, dass der Gastgeber des Gipfels Ungarn sein wird, das vor Polen die Ratspräsidentschaft innehaben wird. Aber sogar dann sollte die polnische Regierung Anstrengungen unternehmen und das Gipfeltreffen für die Werbung für die »Östliche Partnerschaft« und die Entwicklung des Programms nutzen. Während des polnischen Vorsitzes müsste dann der Umsetzung der Vereinbarungen des Gipfels besondere Aufmerksamkeit zukommen.

Das zweite Ereignis, das mit der »Östlichen Partnerschaft« einhergeht, ist das jährlich von der Europäischen Kommission organisierte Forum Bürgergesellschaft im Rahmen der »Östlichen Partnerschaft«. Dies ist ein Treffen von Vertretern von Nichtregierungsorganisationen (Non-Governmental Organizations – NGOs) aus EU-Ländern und denen der »Östlichen Partnerschaft«, deren Ziel es ist, auf die gesellschaftlichen Auswirkungen der Initiative sowie die Notwendigkeit, bürgerschaftliches Engagement einzubringen, hinzuweisen. Zwar liegt das Forum im Verantwortungsbereich der Europäischen

Kommission, jedoch kann – wie das Beispiel des ersten Treffens während des schwedischen Ratsvorsitzes im Herbst 2009 gezeigt hat – die Ratspräsidentschaft eine wichtige Rolle bei seiner Durchführung spielen. Eine wirksame Werbemaßnahme, die sowohl dazu dienen würde, eine positive Botschaft zum Thema polnische Ratspräsidentschaft zu vermitteln als auch diese Priorität des polnischen Programms zu unterstreichen, wäre die Organisation des Forums in Warschau. Zurzeit dauern die Gespräche des *steering committee* des Forums und der Europäischen Kommission an, ob das Forum in Brüssel stattfinden soll oder im Wechsel in EU-Ländern und Ländern der »Östlichen Partnerschaft« oder aber ob der Ort nach anderen Kriterien festgelegt wird. Sollte es nicht möglich sein, die Teilnehmer nach Warschau einzuladen, wäre es sinnvoll, die Organisation einer anderen großen internationalen Konferenz unter Beteiligung von NGOs aus der EU und den Ländern der »Östlichen Partnerschaft« zu erwägen, die dem Forum vorangeht und seiner Vorbereitung dient. Dies könnte zum Beispiel ein Treffen der Arbeitsgruppen sein, in die die Teilnehmer auf dem Forum eingeteilt worden waren und die um Experten erweitert würden, die nicht am Forum teilnehmen. Solche Veranstaltungen würden gleichzeitig die Funktion erfüllen, den polnischen und den europäischen Dritten Sektor – die Bürger – am Verlauf des Ratsvorsitzes zu beteiligen.

Aktivierung von gesellschaftlichem Engagement

Außer den Herausforderungen, die sich aus der laufenden nationalen Politik, institutionellen Änderungen sowie der Situation in der EU ergeben, darf das Gewicht der gesellschaftlichen Unterstützung für die Ratspräsidentschaft nicht unterschätzt werden. Der Ratsvorsitz wird nicht nur ein Erfolg, wenn ihn die anderen Staaten positiv bewerten, sondern auch, wenn er positiv auf die Wahrnehmung der EU und des Integrationsprozesses seitens der polnischen Bürger wirkt.

Die Polen sind mit der Mitgliedschaft in der EU zufrieden. Gleichzeitig sehen sie keine Notwendigkeit, sich aktiv zu beteiligen, wenn es darum geht, die europäische Politik zu gestalten oder gar über sie mitzuzentscheiden. Das zeigte die geringe Beteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2009. Untersuchungsergebnisse des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP) zeigen, dass trotz Wahlkampagne nur gut die Hälfte der Polen (57 %) nach der Wahl wusste, dass die Parlamentarier von den Bürgern gewählt werden. Auch wenn die Polen eine hohe Meinung über ihr Wissen zum Thema EU-

Apparat haben (59 % stimmten der Aussage zu, dass sie verstehen, wie die EU funktioniert), muss doch angenommen werden, dass viele weder die Wirkungsweise noch die Kompetenzen der einzelnen EU-Institutionen kennen. Besonders unklar scheint die Institution der Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union zu sein, da sie mit keiner Funktion im eigenen Staat vergleichbar ist und Polen die Präsidentschaft zum ersten Mal ausüben wird. Aus diesen zwei Gründen – der mangelnden Bereitschaft der Bürger, sich für das Funktionieren der Europäischen Gemeinschaft einzusetzen, sowie des fehlenden Wissens über ihre Organe – sollte die Zeit der Ratspräsidentschaft genutzt werden, die Idee der europäischen Integration noch stärker in der Bevölkerung publik zu machen und dabei insbesondere den Wert der eigenen Partizipation an diesem Prozess herauszustellen. Darüber hinaus ist es notwendig, eine effektive Informationskampagne zu Zielen, Kompetenzen und Verlauf der polnischen EU-Ratspräsidentschaft durchzuführen.

Die Regierungsadministration hat bereits konkrete Pläne dazu entwickelt. Partner der Informationskampagnen sollen u. a. Nichtregierungsorganisationen sein, die das gesellschaftliche Vertrauen genießen und die Bürger mit ihrer Botschaft erreichen. Für Projekte, die über den Ratsvorsitz informieren, und die Einrichtung entsprechender Internetseiten werden Gelder zur Verfügung gestellt. Eine weitere Möglichkeit, die Bevölkerung für das Thema der Ratspräsidentschaft zu interessieren, könnte die Hervorhebung einer der drei o.g. Prioritäten der Regierung sein, und zwar des freiwilligen Engagements. Das könnte den Bürgern näher liegen und sie mehr interessieren als komplizierte wirtschaftliche oder politische Fragen. Das Europäische Jahr des Freiwilligen Engagements, das auf das Jahr 2011 fällt, ist dafür die optimale Gelegenheit. In Polen ist die Idee, anderen zu helfen, nicht sehr entwickelt. Dies zeigen Statistiken, die Polen im Bereich des freiwilligen Engagements im Vergleich zu anderen Ländern auf die hinteren Ränge platzieren. Es gibt zwar Aktionen wie das Große Orchester der Weihnachtshilfe (*Wielka Orkiestra Świątecznej Pomocy*)¹, an der sich viele Menschen mit großem Engagement beteiligen, allerdings ersetzt die Teilnahme an eintägigen Aktionen nicht die langfristige Arbeit zugunsten Hilfsbedürftiger. So könnte also die polnische Regierung das Jahr des Freiwilligen Engagements sowohl für

die Verbreitung dieser Idee in Polen und in Europa nutzen als auch der Ratspräsidentschaft das Attribut gesellschaftlicher Nähe verleihen. Dazu sollten auch gesamt-europäische Diskussionen über notwendige rechtliche Änderungen, die die Entwicklung dieses Engagements befördern würden, Informationskampagnen und politische Initiativen angestoßen werden, die Entscheidungsträgern, den Medien, NGOs und der Bevölkerung Wert und Bedeutung des freiwilligen Engagements für unsere Realität zeigen. Auch sollten »gute Beispiele« vorgestellt werden, die das Engagement von aktiven Menschen würdigen. Ähnlich wie bei den anderen Prioritäten für die Ratspräsidentschaft arbeitet die polnische Regierung derzeit mit Experten an der Konkretisierung der Pläne in diesem Bereich.

Vorbereitungen

Für diese mannigfaltigen Herausforderungen ist eine gute Vorbereitung unerlässlich. Seit vielen Monaten führt die polnische Regierung ein spezielles Programm ein, das Schulungen für die Verwaltung, die Ausarbeitung der Prioritäten sowie Konsultationen mit anderen EU-Mitgliedern umfasst. Dies wird im Folgenden in knapper Form vorgestellt.

Auf der Grundlage der Analyse vorangegangener Ratspräsidentschaften wurde ein Modell für den polnischen Vorsitz ausgearbeitet; organisatorisch handelt es sich um ein zentralistisches Modell. Des Weiteren wurde die Funktion des »Beauftragten für die Vorbereitung der Organe der Regierungsadministration und die Ausübung des Vorsizes der Republik Polen im Rat der EU« (*Pełnomocnik ds. Przygotowania Organów Administracji Rządowej i Sprawowania przez RP Przewodnictwa w Radzie UE*) eingerichtet. Vorläufer dieser Funktion war bis Dezember 2009 der Posten des Leiters des »Amtes des Komitees für Europäische Integration« (*Urząd Komitetu Integracji Europejskiej – UKIE*). Mit der Angliederung des Amtes an das Außenministerium im Januar 2010 erhielt der Beauftragte den Rang des stellvertretenden Außenministers. Außerdem wurde das »Vorbereitungsprogramm« gestartet und die Rekrutierung und Schulung der Verwaltung auf den verschiedenen Ebenen begonnen, es wurden die Städte ausgewählt, in denen die Hauptveranstaltungen der Ratspräsidentschaft stattfinden sollen, sowie die Grundzüge des kulturellen Programms und der Informationskampagnen verabschiedet. Darüber hinaus dauern die Konsultationen mit ausländischen und polnischen Experten über die Ziele der Ratspräsidentschaft und ihre Verwirklichung in Zusammenarbeit mit dem Dritten Sektor an. Um die Kommunikation zwischen den Ministerien zu verbessern, wurde

¹ Eine jährlich polenweit organisierte Geldsammlung, deren Erlös an Krankenhäuser für den Kauf medizinischer Geräte geht. Im Rahmen dieser Sammlung finden Konzerte, Openair-Veranstaltungen und Versteigerungen, die vom Fernsehen übertragen werden, statt. Beispielsweise wurden 2009, als die Aktion zum 17. Mal durchgeführt wurde, 40.458.625,09 Zloty gesammelt und nahmen 120.000 freiwillige Helfer an der Aktion teil.

eine ressortübergreifende Beratergruppe eingerichtet, die den Regierungsbeauftragten fachlich und organisatorisch unterstützt. Außerdem wurde eine Internetseite freigeschaltet, die ständig um die neuesten Informationen aktualisiert wird (www.prezycjau.gov.pl). Vorläufige Schätzungen ergeben, dass der Ratsvorsitz Polen 430 Mio. Zloty (ca. 106,44 Mio. Euro) kosten wird, was ungefähr den Ausgaben vorangegangener Ratspräsidentschaften entspricht.

Chancen und Möglichkeiten

Polen steht angesichts der bevorstehenden Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft vor vielen Herausforderungen. Die Präsidentschaft eröffnet allerdings dem betreffenden Land auch viele Chancen. Vor allem ist dies erst einmal die Gelegenheit, sich auf internationalem Parkett als Staat zu präsentieren, der Ideen für die Entwicklung der EU hat, den europäischen Integrationsprozess unterstützt und effektiv vorgeht. Nimmt man hinzu, dass das Bild der polnischen Europapolitik bei den ausländischen Partnern nicht immer positiv war, kann die Zeit des Ratsvorsitzes dafür genutzt werden, dieses Image zu verbes-

sern. Diese Aufgabe wird sicherlich nicht dadurch einfacher, dass Polen zum ersten Mal diese Funktion ausübt und dazu noch unter teilweise geänderten Regeln. Deshalb muss sich die polnische Regierung gut vorbereiten und eng innerhalb des Trios zusammenarbeiten sowie auch mit dem Ständigen Präsidenten des Europäischen Rates und der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch mit den anderen Partnern. Wichtig wäre es, für die polnischen Initiativen die Unterstützung des größten Nachbarn in der EU, Deutschland, zu gewinnen. Die im Koalitionsvertrag der neuen deutschen Regierung festgehaltene Absichtserklärung, die Kooperation mit Polen zu vertiefen und gemeinsam die Entwicklung der europäischen Integration zu befördern, legt nahe, dass eine Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Pläne für die Ratspräsidentschaft möglich ist. *Last but not least* bietet der EU-Ratsvorsitz auch die Chance, die gesellschaftliche Unterstützung für die Mitgliedschaft und Aktivität Polens in der Gemeinschaft weiter aufzubauen sowie das Wissen zu diesem Thema zu erweitern.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

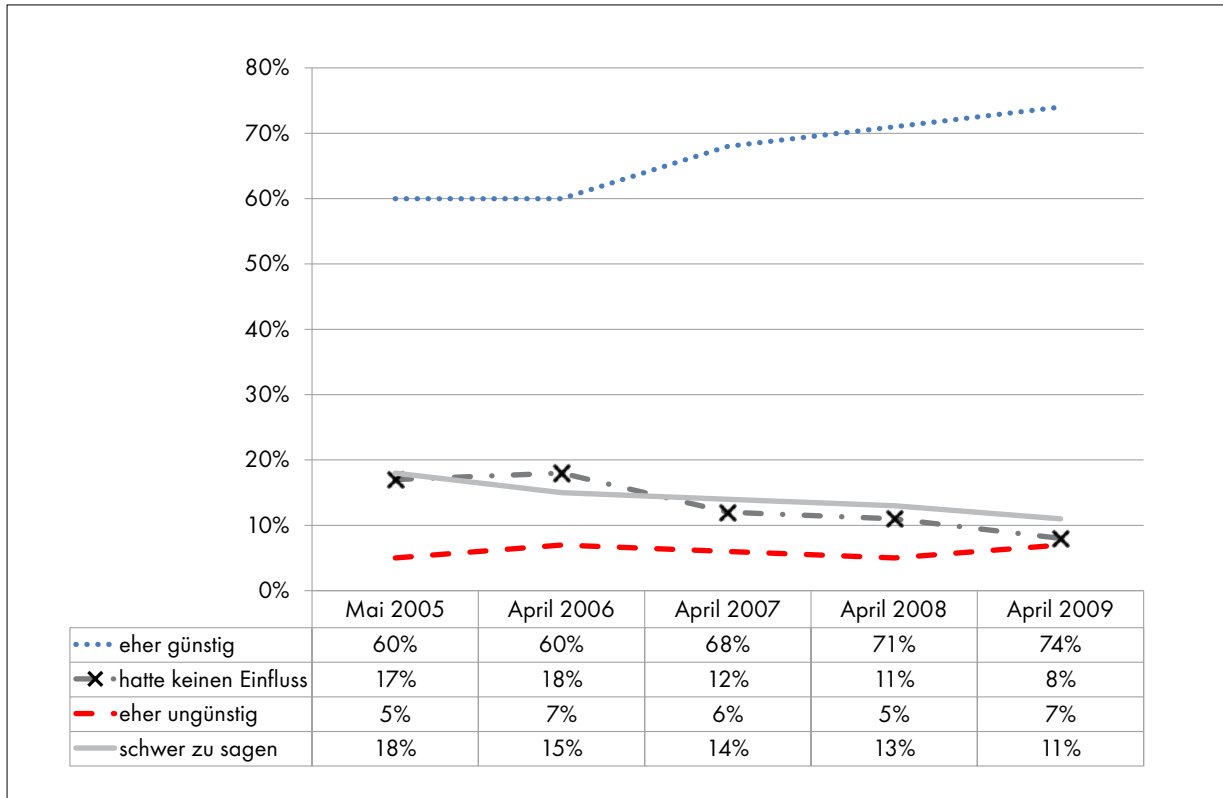
Über die Autorin

Dr. Agnieszka Łada ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Instytut Spraw Publicznych [Institut für Öffentliche Angelegenheiten] in Warschau und dort Leiterin des Europäischen Programms. Sie ist Autorin und Mitautorin von Untersuchungsberichten, Monographien und Artikeln zur polnisch-deutschen Thematik. Weitere Arbeitsschwerpunkte sind die europäischen Institutionen (EU-Ratspräsidentschaft, Europäisches Parlament), das Pressewesen und die politische Bildung.

Tabellen und Grafiken

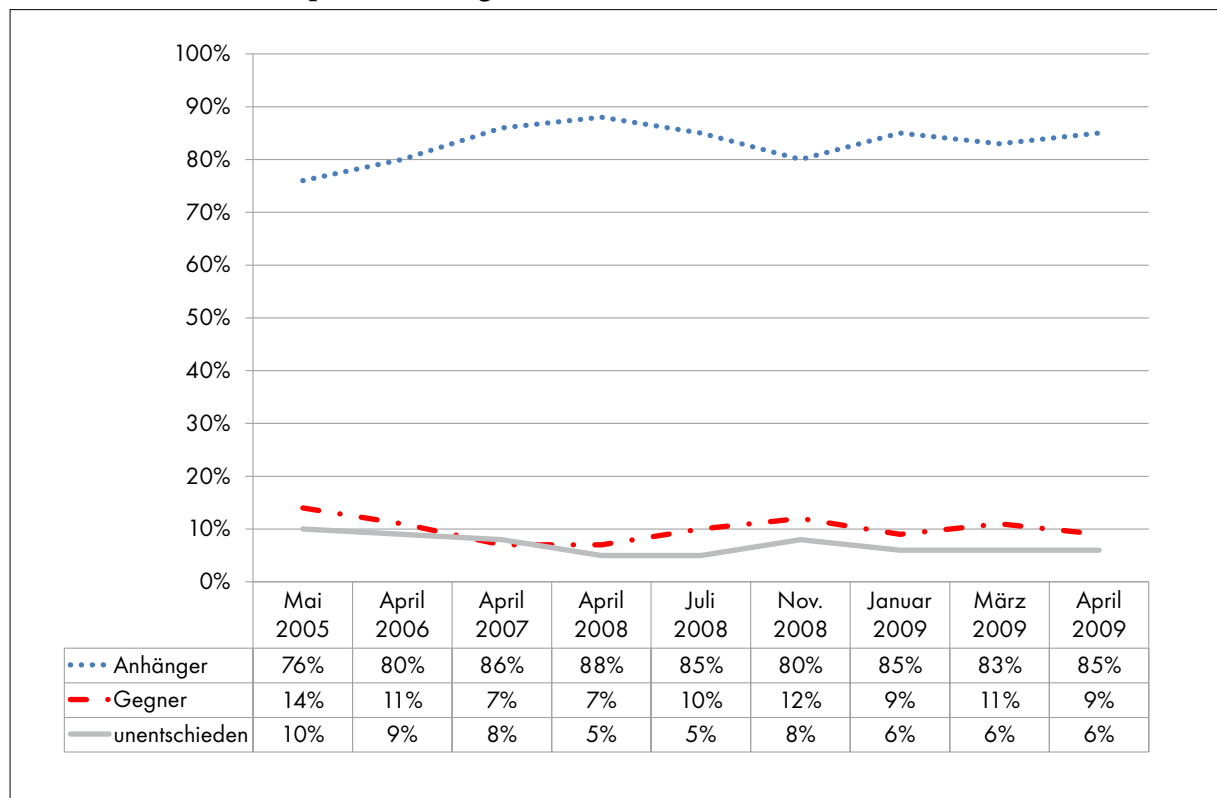
Meinungen der polnischen Bevölkerung zur EU-Mitgliedschaft Polens

Wie hat sich der Beitritt Polens zur EU auf die Position Polens in Europa ausgewirkt? (%)



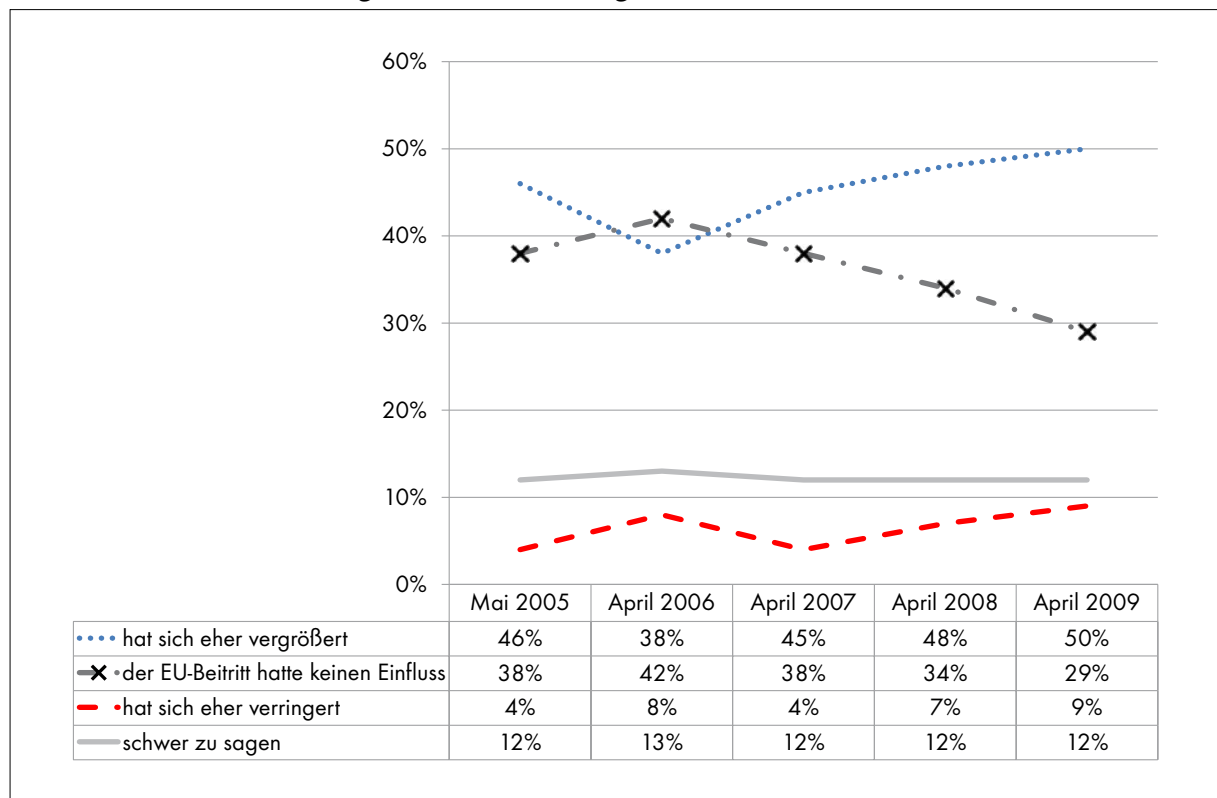
Quelle: CBOS BS/64/2009: Bilans pięciu lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [Bilanz nach fünf Jahren Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union], Warszawa 04/2009, www.cbos.pl

Wie stehen Sie zur europäischen Integration? (%)



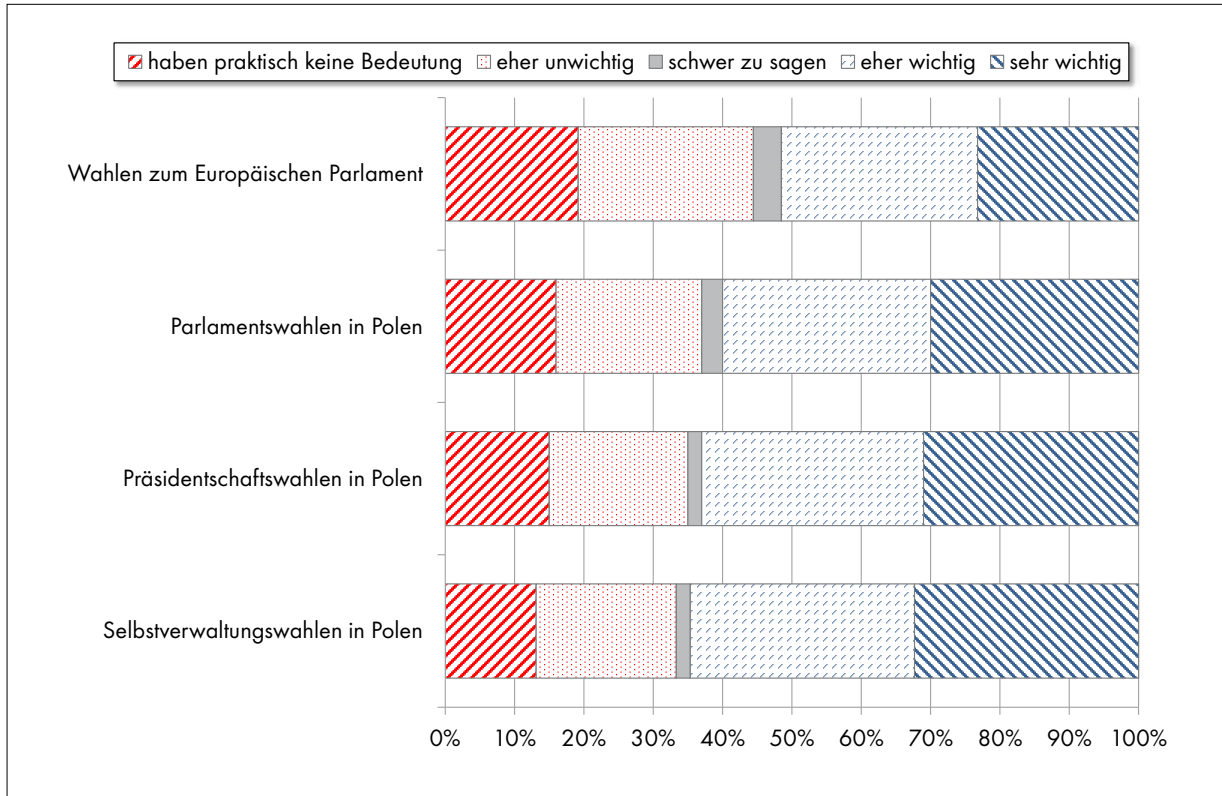
Quelle: CBOS BS/64/2009: Bilans pięciu lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [Bilanz nach fünf Jahren Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union], Warszawa 04/2009, www.cbos.pl

Wie hat sich das Selbstwertgefühl der Polen aufgrund des EU-Beitritts verändert? (%)



Quelle: CBOS BS/64/2009: Bilans pięciu lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [Bilanz nach fünf Jahren Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union], Warszawa 04/2009, www.cbos.pl

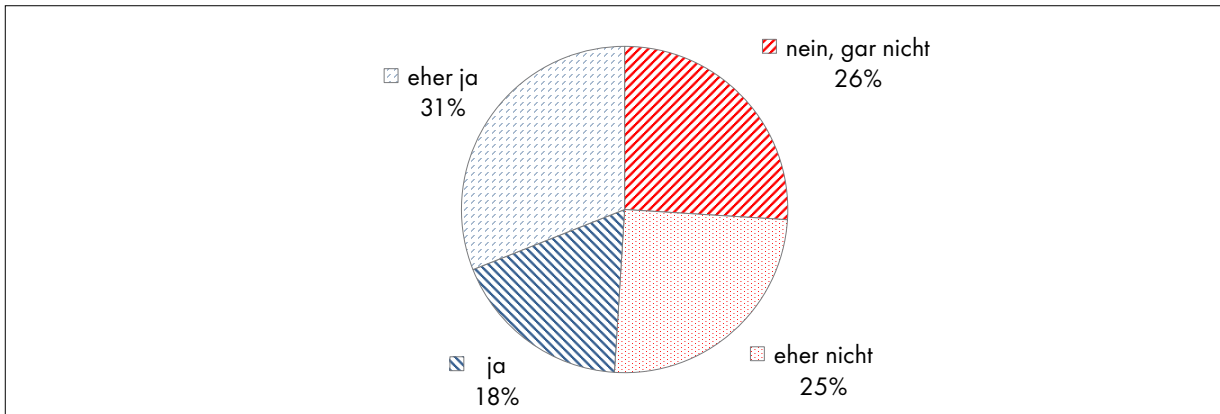
Welche Bedeutung haben für Menschen wie Sie die Wahlen...? (%)



	Wahlen zum Europäischen Parlament	Parlamentswahlen in Polen	Präsidentenwahlen in Polen	Selbstverwaltungswahlen in Polen
haben praktisch keine Bedeutung	19 %	16 %	15 %	13 %
eher unwichtig	25 %	21 %	20 %	20 %
schwer zu sagen	4 %	3 %	2 %	2 %
eher wichtig	28 %	30 %	32 %	32 %
sehr wichtig	23 %	30 %	31 %	32 %

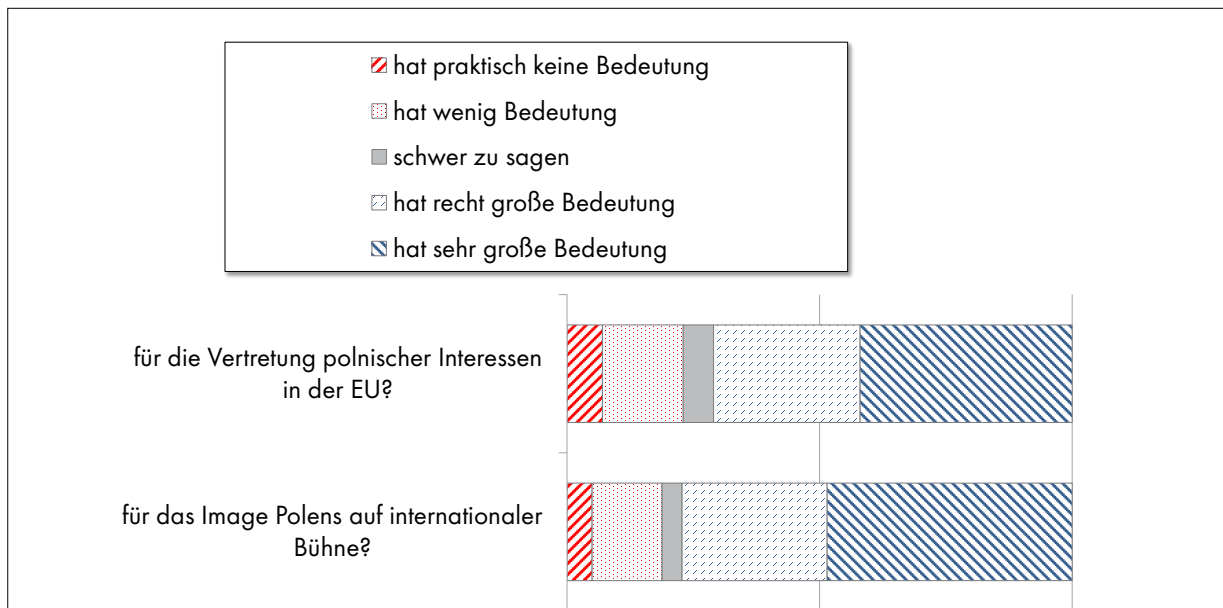
Quelle: CBOS BS/110/2009: Wybory do Parlamentu Europejskiego w powyborczych deklaracjach Polaków [Die Wahlen zum Europäischen Parlament in Äußerungen der Polen nach den Wahlen], Warszawa 07/2009, www.cbos.pl

Haben Sie sich für die Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament interessiert? (%)



Quelle: CBOS BS/110/2009: Wybory do Parlamentu w powyborczych deklaracjach Polaków [Die Wahlen zum Europäischen Parlament in Äußerungen der Polen nach den Wahlen], Warszawa 07/2009, www.cbos.pl

Welche Bedeutung hat die Wahl der polnischen Abgeordneten in das Europäische Parlament... (%)



	für die Vertretung polnischer Interessen in der EU?	für das Image Polens auf internationaler Bühne?
hat praktisch keine Bedeutung	7 %	5 %
hat wenig Bedeutung	16 %	14 %
schwer zu sagen	6 %	4 %
hat recht große Bedeutung	29 %	29 %
hat sehr große Bedeutung	42 %	49 %

Quelle: CBOS BS/110/2009: Wybory do Parlamentu w powyborczych deklaracjach Polaków [Die Wahlen zum Europäischen Parlament in Äußerungen der Polen nach den Wahlen], Warszawa 07/2009, www.cbos.pl

Chronik
Vom 1. Dezember 2009 bis zum 18. Januar 2010

01.12.2009	Das Institut des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięci Narodowej – IPN) veröffentlicht einen Bericht, wonach der ehemalige Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski (1995–2005) von 1983 bis 1989 als geheimer Mitarbeiter der Sicherheitsdienste der Volksrepublik registriert gewesen sei. Kwaśniewski war bereits im Jahr 2000 vom Lustrationsgericht von den Vorwürfen der Zusammenarbeit mit den kommunistischen Geheimdiensten freigesprochen worden.
02.12.2009	Auf einer Pressekonferenz geben Verteidigungsminister Bogdan Klich und Außenminister Radosław Sikorski bekannt, dass das polnische Kontingent in Afghanistan im Frühjahr nächsten Jahres um 600 Soldaten auf 2.600 erhöht werden soll. Am Vortag hatte US-Präsident Barack Obama Ministerpräsident Donald Tusk in einem Telefonat um eine Aufstockung des Kontingents gebeten. Die schnelle Zusage unterstreiche die Loyalität Polens gegenüber den USA und der NATO, so Klich und Sikorski. Der Chef des Generalstabs, General Franciszek Gągor, hebt hervor, dass die Vergrößerung des Kontingents der Ausbildung der afghanischen Armee und Polizei dienen solle, so dass in den nächsten Jahren bestimmte Gebiete den einheimischen Sicherheitskräften übergeben werden können.
03.12.2009	Die Fraktion der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) reicht einen Änderungsentwurf für das Gesetz des Instituts des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięci Narodowej – IPN) im Sejm ein. Der Entwurf besagt: Das 11-köpfige beratende und kontrollierende IPN-Kollegium wird durch einen 9-köpfigen Rat des IPN ersetzt, dem ausschließlich Wissenschaftler angehören sollen. Die Kandidaten für den Rat werden von polnischen Hochschulen und der Polnischen Akademie der Wissenschaften vorgeschlagen. Die Amtszeit des Gremiums wird um ein Jahr auf sechs Jahre verkürzt. Die Mitglieder des Rates werden vom Sejm, vom Senat und vom Staatspräsidenten bestimmt. Ministerpräsident Donald Tusk hatte sich für eine rasche Beschäftigung mit der Gesetzesnovelle ausgesprochen, um die gegenwärtige Politisierung und Ideologisierung des IPN zu beenden.
04.12.2009	Nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg soll die russische Regierung bis zum 19. März 2010 dem Gerichtshof über die Bemühungen der russischen Justiz bei der Aufklärung des Massakers von Katyń (die Ermordung von mehreren Tausend polnischen Kriegsgefangenen, mehrheitlich Offiziere, Polizisten und Staatsbeamte, bei Katyń/Russland im Jahr 1940 durch das NKWD) berichten. Nach Auffassung des Gerichtshofs entsprach das bisherige Vorgehen der russischen Justiz nicht der Europäischen Menschenrechtskonvention. Die Klage war von Familienangehörigen der Opfer eingereicht worden.
05.12.2009	Die Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) stellt auf ihrer Vorstandssitzung ihr Konzept für eine Verfassungsänderung vor. Es bestätigt die indirekte Wahl des Staatspräsidenten, jedoch sollen zur Aufhebung seines Vetos nur noch 50 % der Stimmen im Sejm benötigt werden. Eine Reduzierung der Anzahl der Abgeordneten im Sejm und im Senat bezeichnet der PSL-Vorsitzende Waldemar Pawlak als populistisch. Die Diskussion über eine mögliche Verfassungsänderung wird derzeit von allen Parteien geführt, nachdem die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) im November ihren Vorschlag präsentiert hatte.
05.12.2009	Das Polnische Radio meldet, dass nach Angaben des Statistischen Hauptamts (Główny Urząd Statystyczny – GUS) im Jahr 2009 die Zahl der Arbeitslosen unter 25 Jahre auf 42 %, d. h. auf über 400.000 Personen gestiegen ist. Nach Einschätzung des Generalsekretärs der Landeswirtschaftskammer (Krajowa Izba Gospodarcza – KIG), Marek Kłoczko, erklärt sich dies vor allem daraus, dass die Ausbildung in Polen nicht an die Bedürfnisse des Marktes angepasst ist.
06.12.2009	Verteidigungsminister Bogdan Klich gibt das Ende des polnischen Einsatzes im Rahmen der UNO-Mission im Tschad bekannt. Das Kontingent im Tschad ist das letzte, das Polen im Rahmen von »Blauhelm«-Einsätzen noch bereitgestellt hatte.
08.12.2009	Umweltminister Maciej Nowicki teilt mit, dass Ministerpräsident Donald Tusk sein Rücktrittsgesuch angenommen habe. Nowicki hatte seinen Rücktritt bereits Ende der vergangenen Woche eingereicht, jedoch sollte die Eröffnung des UNO-Klimagipfels in Kopenhagen am Vortag noch von Nowicki übernommen werden. Als Begründung seines Rücktritts sagte Nowicki, dass er die Aufgaben, die ihm vor der Übertragung des Ressorts zugewiesen worden waren, erledigt habe. Spekulationen zufolge haben Konflikte mit dem stellvertretenden Umweltminister Stanisław Gawłowski und dem Ministerpräsidenten über den Einsatz der aus dem Verkauf von CO ₂ -Emissionsrechten erhaltenen finanziellen Mittel die Entscheidung beeinflusst.

09.12.2009	Nach Einschätzung des Parteivorsitzenden von Die Rechte der Republik (Prawica RP), Marek Jurek, lässt sich die Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) unter ihrem Vorsitzenden Jarosław Kaczyński nur von Eigeninteressen leiten und ist nicht in der Lage, in den Kategorien von Solidarität und Verantwortung zu denken. Jurek war Mitbegründer und stellvertretender Vorsitzender von PiS und hatte im April 2007 mit anderen ehemaligen PiS-Mitgliedern Die Rechte der Republik gegründet. Im November 2009 hatte Kaczyński Interesse an einer Kooperation zwischen beiden Parteien geäußert; Jurek hatte Gesprächsbereitschaft signalisiert unter der Bedingung, dass Die Rechte der Republik ihre Eigenständigkeit behält.
11.12.2009	Der Parteivorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, kündigt noch für das laufende Jahr einen Gesetzentwurf von PiS zur derzeit in allen Parteien diskutierten Verfassungsänderung an.
11.12.2009	In Warschau unterzeichnen Verteidigungsminister Bogdan Klich und die US-amerikanische Unterstaatssekretärin Ellen Tauscher ein Abkommen über den Status der amerikanischen Streitkräfte (Status of Forces Agreement – SOFA) in Polen. Es regelt die rechtlichen Aufenthaltsbedingungen der amerikanischen Militärangehörigen, die mit den US-Patriot-Raketen in Polen stationiert werden, sowie der US-Streitkräfte, die sich in anderen Zusammenhängen in Polen aufhalten.
11.12.2009	In Kreisau (Krzyżowa) wird in Anwesenheit von Sejm marschall Bronisław Komorowski und Bundestagspräsident Norbert Lammert ein Fragment der Berliner Mauer aufgestellt. Dies ist die letzte Feierlichkeit im Rahmen des Gedenkens an die friedliche Revolution von 1989. Lammert hebt hervor, dass der Fall der Berliner Mauer nicht ohne die oppositionelle demokratische Gewerkschaftsbewegung »Solidarność« möglich gewesen wäre. Komorowski unterstreicht die Bedeutung solcher Symbole, auf denen eine gemeinsame Identität aufgebaut werde. Im Juni war bereits ein Stück Mauer der Danziger Werft am Reichstagsgebäude in Berlin enthüllt worden. In Kreisau war vor 20 Jahren eine deutsch-polnische Versöhnungsmesse zelebriert worden, an der Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki und Bundeskanzler Helmut Kohl den christlichen Versöhnungsgruß ausgetauscht hatten.
12.12. 2009	Der Leiter des Amtes des Komitees für Europäische Integration (Urząd Komitetu Integracji Europejskiej – UKIE), Mikołaj Dowgiałewicz, teilt mit, dass das UKIE ab dem 1. 1. 2010 dem Außenministerium angegliedert wird. Dies solle der besseren Vorbereitung der polnischen EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2011 dienen.
13.12.2009	Landesweit finden Gedenkveranstaltungen zur Verhängung des Kriegsrechts in der Volksrepublik Polen am 13. Dezember 1981 statt. Der Kriegszustand dauerte bis zum 22. Juli 1983. Im September 2009 begann der Prozess gegen die für seine Einführung Verantwortlichen; vor Gericht stehen General Wojciech Jaruzelski, General Czesław Kiszczak und der ehemalige Parteichef der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza – PZPR), Stanisław Kania.
13.12.2009	Der gemeinsame Kandidat für die im Herbst 2010 stattfindenden Wahlen zum Staatspräsidenten der Partei Polnische Sozialdemokratie (Socjaldemokracja Polska – SdPI) und der Demokratischen Partei (Partia Demokratyczna – PD), Tomasz Nałęcz, stellt auf der Sitzung des Landeskonzvents der SdPI und des Landesrates der PD sein Wahlprogramm vor. Schwerpunkte sind die Gleichberechtigung der Frau, der Schutz der Rechte für Minderheiten, die wirtschaftliche Entwicklung, die Unterstützung für Bildung und Kultur und der Umweltschutz.
14.12.2009	UEFA-Chef Michel Platini stellt in Kiew das Logo und Motto der Fußball Europameisterschaft EURO 2012 vor, die in Polen und der Ukraine ausgetragen wird. Das Motto »Creating history together« lautet in der polnischen Sprachversion »Gemeinsam gestalten wir die Zukunft« (»Razem tworzymy przyszłość«), da sich der Begriff »Geschichte« im polnischen Verständnis auf die Vergangenheit bezieht, so Sportminister Adam Giersz.
15.12.2009	In Warschau findet eine Demonstration mit ca. 3.000 Arbeitnehmern aus den Bereichen Schiffsbau, Rüstungsindustrie und Eisenbahn statt, auf der u. a. die Sicherung von Arbeitsplätzen gefordert wird. In einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaft »Solidarność«, Janusz Śniadek, sagt der Minister in der Kanzlei des Ministerpräsidenten, Michał Boni, zu, Möglichkeiten zu prüfen, arbeitslosen ehemaligen Werftangehörigen in Danzig und Stettin finanzielle Unterstützung zu gewähren. Darüber hinaus wurden Gesprächstermine mit Arbeitnehmervertretern der Rüstungsindustrie, der Eisenbahn und der Werften vereinbart.
16.12.2009	Professor Tomasz Szarota, Historiker des Historischen Instituts der Polnischen Akademie der Wissenschaften (Polska Akademia Nauk – PAN), erklärt ohne offizielle Angabe von Gründen seinen Rücktritt von seinem Sitz im wissenschaftlichen Beirat der Stiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung«. Szarota war im Juli als einziger Pole in den Wissenschaftlichen Beirat der Stiftung berufen worden.

16.12.2009	Der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten beim Ministerpräsidenten, Władysław Bartoszewski, würdigt die Entscheidung Deutschlands, 60 Mio. Euro aus dem Bundes- und den Länderhaushalten für konservatorische Arbeiten im ehemaligen NS-Konzentrationslager Auschwitz zur Verfügung zu stellen, als Beweis für das Gefühl der Verantwortung gegenüber der Geschichte und Ausdruck des Glaubens an eine gemeinsame Zukunft. Er hoffe, dass dies auch andere Staaten ermuntere, das Vorhaben finanziell zu unterstützen.
18.12.2009	Ein Sprecher der Gedenkstätte Auschwitz teilt mit, dass in der Nacht der Schriftzug »Arbeit macht frei« über dem Eingangstor zum ehemaligen NS-Konzentrationslager Auschwitz gestohlen worden ist. Führende Politiker in Polen, Deutschland, Israel und in anderen Ländern verurteilen die Tat als schändlich.
18.12.2009	Der Sejm verabschiedet den Haushalt für das Jahr 2010. Vorgesehen sind staatliche Einnahmen in Höhe von knapp 249 Mrd. Zloty sowie Ausgaben in Höhe von mehr als 301 Mrd. Zloty. Die Einnahmen aufgrund von Privatisierungen werden dabei in Höhe von ca. 25 Mrd. Zloty veranschlagt. Angenommen wird ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,2 % und eine Inflationsrate von 1 %.
18.12. 2009	Vorsitzender des Aufsichtsrats des Polnischen Fernsehens (Telewizja Polska – TVP) wird der von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) unterstützte Romuald Orzeł, der bereits leitende Positionen in verschiedenen Medien innehatte.
18.12.2009	Der Literaturübersetzerin Małgorzata Łukasiewicz und dem Gründungsdirektor des Deutschen Polen-Instituts und Literaturübersetzer Karl Dedecius wird im Auswärtigen Amt in Berlin der Deutsch-Polnische Preis verliehen, der seit 1991 für besondere Verdienste um die deutsch-polnische Verständigung und Versöhnung vergeben wird. Aus Anlass des Gedenkjahrs 2009 werden außerdem der ehemalige Staatspräsident und Gewerkschaftsvorsitzende der Solidarność, Lech Wałęsa, und der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker mit einem Sonderpreis geehrt.
19.12.2009	Die Demokratische Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) bestimmt den stellvertretenden Sejmarschall Jerzy Szmajdziński (SLD) zum Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen im Herbst 2010. Szmajdziński hatte nach 1989 bereits verschiedene Ministerämter inne.
20.12.2009	Die Polizei findet den Schriftzug »Arbeit macht frei« wieder, der vom Eingangstor des ehemaligen NS-Konzentrationslagers Auschwitz zwei Tagen zuvor gestohlen worden war, und inhaftiert fünf Männer, die nach Angaben der Staatsanwaltschaft in Krakau einen Auftraggeber im Ausland gehabt haben sollen.
21.12.2009	Der unabhängige Politiker Andrzej Olechowski, Vorsitzender des Programmrates der Demokratischen Partei (Stronnictwo Demokratyczne – SD) und Mitbegründer der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), gibt seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen im Herbst 2010 bekannt.
23.12.2009	Der Abgeordnete der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Jarosław Gowin, spricht sich dafür aus, die Kontakte aller Parlamentarier zu Lobbyisten zu registrieren. Derzeit besteht diese Pflicht nur für die Minister und ihre Stellvertreter. Des Weiteren solle ein Ethikbeauftragter in der PO berufen werden, dem die Abgeordneten Interessenkonflikte und Kontakte zu Lobbyisten melden sollen. Gowin wurde nach Fällen von Lobbyismus in der PO im Herbst, die zu Entlassungen von Ministern und führenden Politikern in der PO geführt hatten, beauftragt, einen Ethikkodex für die PO zu verfassen. Dieser soll Ende Januar vorgestellt werden.
24.12.2009	Der Direktor der Generaldirektion der Landesstraßen und Autobahnen (Generalna Dyrekcja Dróg Krajowych i Autostrad), Lech Witecki, teilt mit, dass im kommenden Jahr 30 km Autobahn freigegeben und sich 530 km im Bau befinden werden. Für 2010 sieht die Regierung 31,3 Mrd. Zloty für den Straßenbau vor, das sind 14 Mrd. Zloty mehr als 2008. Für 2011 werden 23 Mrd. Zloty vorgesehen.
28.12.2009	In einem Interview mit der Tageszeitung »Rzeczpospolita« kritisiert der Europaabgeordnete der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) Paweł Zalewski dass der Horizont der polnischen Außenpolitik nicht über die polnische EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2011 hinausreiche. Der Grund dafür sei vor allem, dass ein wirksamer Mechanismus fehle, politische Einigkeit über Parteigrenzen hinweg herzustellen. Die polnische Außenpolitik sei einer der größten Bereiche politischer Konflikte, was zur Folge habe, dass keine langfristige Perspektive für dieses Politikfeld entworfen werde.
30.1.202009	Außenminister Radosław Sikorski stellt einen Abzug der polnischen Truppen aus Afghanistan in zwei Jahren in Aussicht.
30.12.2009	Nach Angaben der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP) betrug die staatliche Auslandsverschuldung am Ende des 3. Quartals 187,8 Mrd. Euro, das sind 0,9 % mehr als im Vorjahr.



30.12.2009	In einer Jahresbilanz bewertet Ministerpräsident Donald Tusk die wirtschaftliche und finanzielle Situation Polens in der globalen Krise als Anlass für Polen, stolz zu sein. Polen habe unter den EU-Ländern die Krise am besten überstanden und sich wirksam von ihren Folgen geschützt. Es sei davon auszugehen, dass das kommende Jahr besser werde, als die derzeitigen Schätzungen der Regierung prognostizieren.
31.12.2009	In seiner Neujahrsansprache äußert sich Staatspräsident Lech Kaczyński dankbar dafür, dass die wirtschaftliche Entwicklung Polens in der globalen Wirtschaftskrise im Vergleich zu den anderen EU-Ländern am günstigsten verlaufe, auch wenn sie sich verlangsamt habe und die Arbeitslosigkeit gestiegen sei. Im kommenden Jahr begehe Polen zahlreiche Jubiläen, so den 600. Jahrestag des Sieges der Schlacht bei Grunwald (Tannenberg), den 90. Jahrestag des »Wunders an der Weichsel«, den 30. Jahrestag der Gründung der Gewerkschaft »Solidarność« und möglicherweise die Seligsprechung von Papst Johannes Paul II. Diese Ereignisse würden den Rang Polens erhöhen und das tägliche Geschäft seiner Landsleute in eine größere Perspektive einbetten.
04.01.2010	Nach Auffassung des Wirtschaftswissenschaftlers und ehemaligen Finanzministers Leszek Balcerowicz, der 1989 eine grundlegende Wirtschaftsform eingeleitet hatte, sollte die Regierung die Staatsverschuldung ernst nehmen und die wichtigsten politischen Kräfte konzentrieren, um politische Lösungen zu finden. Die öffentliche Meinung sollte auf die Regierung und den Staatspräsidenten ebenfalls dahingehend einwirken, die notwendigen Reformen anzugehen.
05.01.2010	Ministerpräsident Donald Tusk kündigt an, dass eine Verfassungsreform vor allem im Hinblick auf die Vetorechte des Staatspräsidenten in die Wege geleitet würde, sollte die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) im Herbst die Präsidentschaftswahlen gewinnen.
06.01.2010	Der Fraktionsvorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Przemysław Gosiewski, reicht seinen Rücktritt ein. Künftig wird die PiS-Abgeordnete Grażyna Gęsicka, ehemalige Beraterin der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und Ministerin im Kabinett von Jarosław Kaczyński, die Funktion übernehmen. Jarosław Kaczyński, der als Parteivorsitzender von PiS eine Empfehlung für die Neubesetzung gibt, hebt hervor, dass fachliche Gründe im Hinblick auf die bevorstehenden Präsidentschafts- sowie die Regional- und Kommunalwahlen für die Umbesetzung sprachen. Frau Gęsicka habe bereits viele Institute geleitet und kenne sich in administrativen und wirtschaftlichen Fragen aus. Gosiewski soll vom Politischen Rat der PiS zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt werden.
07.01.2010	Staatspräsident Lech Kaczyński beruft 44 Experten in den Nationalen Entwicklungsrat (Narodowa Rada Rozwoju). Der Rat soll ein Diskussionsforum für Fragen der Zukunftsentwicklung Polens sein. Die erste Sitzung widmete sich dem demographischen Wandel in Polen.
08.01.2010	Der Sejm spricht sich für die weitere Bearbeitung des Gesetzentwurfes der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) zur Novellierung des Gesetzes über das Institut des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięi Narodowej – IPN) aus. Die PO hatte das Gesetzesprojekt Anfang Dezember im Sejm eingereicht.
09.01.2010	In Warschau wird die Gründung der Partei Polska Plus, der u. a. ehemalige Politiker von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) angehören, bekanntgegeben; Vorsitzender ist vorerst der ehemalige Transportminister Jerzy Polaczek. Dem Präsidium gehören weiter Ludwik Dorn, Marcin Libicki, Kazimierz Michał Ujazdowski, Jarosław Sellin und Lucjan Karasiewicz an. Die Partei spricht sich für eine Reformierung der öffentlichen Finanzen, des Gesundheits- und des Rentensystems aus. Vorgesehen ist die Teilnahme an den kommenden Regional- und Kommunalwahlen.
11.01.2010	Der Polnische Bund ehemaliger politischer Häftlinge in NS-Gefängnissen und Konzentrationslagern (Polski Związek Byłych Więźniów Politycznych Hitlerowskich Więzień i Obozów Koncentracyjnych) und die Gesellschaft der durch das Dritte Reich geschädigten Polen (Stowarzyszenie Polaków Poszkodowanych przez III Rzeszę) appellieren an den Vorstand der Deutschen Bahn, einen Teil der Einnahmen, die die Deutsche Reichsbahn im Rahmen von Deportationen während des Nationalsozialismus erwirtschaftet hat (ca. 500 Mio. Euro), polnischen NS-Opfern zur Verfügung zu stellen. Die Deutsche Bahn plant derzeit den Eintritt in den polnischen Schienenverkehr.
12.01.2010	Die Betreibergesellschaft des Flughafens Okęcie in Warschau beschließt, den Auftrag für die Fertigstellung des Flughafenterminals dem deutschen Bauunternehmen Hochtief zu erteilen. Nach Angaben der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« hatte die Firma mit knapp 94 Mio. Zloty das günstigste Angebot eingereicht.



14.01.2010	Die Beauftragte der Bundesregierung für die deutsch-polnischen Beziehungen, Staatsministerin Cornelia Pieper, und der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten beim Ministerpräsidenten der Republik Polen, Władysław Bartoszewski, treffen sich zu einem Arbeitsgespräch in Warschau. Frau Pieper stellt klar, dass es sich bei dem gegenwärtigen Konflikt um den Einfluss des Bundes der Vertriebenen (BdV) und seiner Vorsitzenden Erika Steinbach in der Stiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung« um einen internen Streit in der Regierungskoalition handele. Es werde keine Lösung toleriert, die ein Hindernis für die deutsch-polnische Versöhnung darstellen würde. Darüber hinaus teilt sie mit, dass Deutschland und Polen beabsichtigen, den deutsch-polnischen Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit von 1991 hinsichtlich einer Anpassung an aktuelle Gegebenheiten zu überprüfen. Dazu gehöre beispielsweise das Recht der Polonia in Deutschland auf Polnischunterricht in deutschen Schulen.
15.01.2010	Der Vorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, stellt auf einer Pressekonferenz den Entwurf der PiS zur Verfassungsänderung vor. Um die Position des Ministerpräsidenten zu stärken, wird dem Sejm keine Möglichkeit mehr eingeräumt, ein Misstrauensvotum gegenüber einzelnen Ministern anzustrengen. Der Staatspräsident soll weitere Kompetenzen erhalten und nicht mehr Teil der Exekutive sein, sondern eine über allen staatlichen Gewalten angesiedelte Institution. Das Vetorecht des Staatspräsidenten soll nicht geändert werden. Des Weiteren ist eine Kompetenzerweiterung des Verfassungsgerichts vorgesehen. Kaczyński kündigt an, dass der Entwurf im Frühjahr im Sejm eingereicht werden wird.
16.01.2010	Ministerpräsident Donald Tusk erhält den diesjährigen Internationalen Karlspreis zu Aachen, teilt das Direktorium der Karlspreis-Gesellschaft in Aachen mit. Mit ihm werde ein herausragender Streiter für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte geehrt, der sich dem kommunistischen Regime niemals gebeugt habe, ein überzeugter und überzeugender Europäer, der für Zusammenarbeit, Solidarität und ein weltoffenes Polen stehe, heißt es in der Begründung.
17.01.2010	Die Parteiführungen der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) und der Arbeitsunion (Unia Pracy – UP) geben bekannt, dass der von der SLD Mitte Dezember bestimmte Kandidat für die Präsidentschaftswahlen im Herbst, Jerzy Szmajdziński, als gemeinsamer Kandidat beider Parteien antreten wird.
18.01.2010	Die Fraktionsvorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Grażyna Geśicka, fordert ein effektiveres System zur Verwaltung von EU-Mitteln, um die Gelder besser und schneller einsetzen zu können. Die Fraktionschefin bezieht sich dabei auf eine Aussage der Ministerin für regionale Entwicklung, Elżbieta Bienkowska, die herausgestellt hatte, dass Polen bei der Nutzung der EU-Mittel unter den EU-Ländern weit vorne liege.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusminister der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 55.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2010 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen